

Ressort: Politik

Hofreiter gegen höheren Etat für Bundeswehr

Berlin, 04.11.2014, 17:31 Uhr

GDN - Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter hat angesichts der Rufe aus der Bundeswehr nach mehr Finanzmitteln davor gewarnt, Probleme aus Jahren des Missmanagements einfach mit neuem Geld zu übertünchen. In einem Gespräch mit der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (Dienstag) erklärte Hofreiter, notwendig sei nicht mehr Geld für die Truppe, sondern eine gründliche Aufgabenkritik.

Der Grünen-Politiker plädierte ferner für eine Neuordnung des Beschaffungswesens und einen härteren Umgang mit der Rüstungsindustrie. Es herrsche kein Geldmangel, sondern Managementmangel. Die Forderungen aus der Union und der Bundeswehr nach mehr Finanzmitteln kritisierte Hofreiter daher als einen "unverantwortlichen Umgang mit dem Geld der Steuerzahler". Die Bundeswehr-Reform habe einmal deutliche Einsparungen bringen sollen, nun solle nicht einmal das vorhandene Geld ausreichen. "Das ist absurd", sagte der Grünen-Fraktionschef. Der Unions-Verteidigungsexperte Henning Otte hat dagegen Forderungen nach mehr Finanzmitteln für die Bundeswehr unterstützt. In einem Gespräch mit der Zeitung betonte der CDU-Politiker, die Anforderungen an die Bundeswehr hätten angesichts globaler Krisen zugenommen. Otte plädierte für "entschlossenes Handeln", um die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr sicherstellen zu können. Alles andere wäre so, als schaffe eine Feuerwehr trotz vermehrter Brandhäufigkeit aus Kostengründen den Tanklöschwagen ab, meinte der CDU-Politiker. Auch SPD-Verteidigungsexperte Rainer Arnold sieht Kampfkraft und Attraktivität der Bundeswehr nur dann gewährleistet, wenn Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) weitere Finanzmittel bereit stellt. In einem Gespräch mit der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (Dienstag) forderte Arnold, dass die Truppe nicht ausgegebene und vom Finanzminister daraufhin eingezogene Haushaltsgelder zurückbekomme. "Nur so sind die künftigen Herausforderungen zu bewältigen", sagte Arnold. Die 300 Millionen Euro teure Attraktivitäts-Offensive dürfe nicht zu Lasten von Investitionen und Instandsetzung der Truppe gehen. "Der Ball liegt jetzt bei Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen", sagte Arnold. Die CDU-Politikerin müsse ihren Parteikollegen Schäuble von der Notwendigkeit weiterer finanzieller Mittel überzeugen. Ein weiterer Lösungsansatz sei dabei, der Truppe jährlich die 300 Millionen Euro zurückzugeben, die ihr ab 2013 für die Finanzierung des "unsäglichem Betreuungsgeldes" genommen worden sei.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-44000/hofreiter-gegen-hoeheren-etat-fuer-bundeswehr.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619